



Dis aktuelle Lage :

Keine Toleranz für Gewalt!

In der vergangenen Woche haben mit ungehemmter Brutalität vorgehende Gewalttäter die Menschen in Frankfurt am Main in Angst und Schrecken versetzt. Die Bilder von brennenden Polizeifahrzeugen, eingeschlagenen Schaufenstern, brennenden Straßenbarrikaden, Schäden an zahlreichen Privatautos und vor allem die hohe Zahl der verletzten Polizisten haben in ganz Deutschland Entsetzen und Unverständnis hervorgerufen.

Mit seinen Äusserungen hat junger Gewerkschafter

diese Sprache, aus den 70er- und 80er-Jahren. Sie erinnert in beklemmender Form an die kruden Sprachformeln der linksradikalen RAF! Das ist absolut inakzeptabel. Ganz offenbar haben die für die Veranstaltung

verantwortlichen Personen gewusst oder zumindest in Kauf genommen, dass Gewalt angewendet werden sollte. Sie sind daher für die Ausschreitungen mitverantwortlich. Es ist eine Schande und spricht für sich, dass die Organisatoren einräumen, lediglich mit dem Ausmaß der Gewalt habe man nicht gerechnet. Wer so handelt, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Aktionsbündnisse, Medien, Parteien, Abgeordnete – niemand darf diese Gewalt relativieren, rechtfertigen oder auch nur Verständnis dafür haben. Eine demokratische Gesellschaft kann solche Gewaltausbrüche nicht hinnehmen. Sie sind kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Bundesinnenminister De Maizière sagte gegenüber der Presse: "Diesen Gewalttätern fehlt jeder Respekt vor Leben und Gesundheit." Die Demonstranten hätten selbst vor einer Unterkunft für Flüchtlinge nicht haltgemacht, sagte de Maizière. Er forderte alle Fraktionen, insbesondere die der Linkspartei, dazu auf, sich "klar und unmissverständlich" von der Gewalt zu distanzieren..

Vor allem aber gilt unsere Solidarität und unser Dank den Polizeibeamten, Feuerwehrleuten, THW-Helfern und anderen Rettungskräften, die Leib und Leben einsetzen mussten, um die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten und die Bürger zu schützen.



Bundesinnenminister Dr. Thomas De Maizière verurteilte die gewalttätigen Demonstranten in Frankfurt.

Foto: Deutscher Bundestag /

Thomas Imo/photothek

aus dem Südwesten hat die Menschenverachtung der linken Gewalttäter vor Augen geführt und das Geschehene folgendermaßen relativiert: „Die symbolische Gewalt, für die ein Auto in Flammen steht, ist doch nichts verglichen mit der strukturellen Gewalt unseres Wirtschaftssystems.“ Der Blockupy-Sprecher Christoph Kleine kritisierte den massiven Polizeieinsatz, den Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas und fordert Verständnis für die Randalierer ein. Aber selbst das ist noch nicht alles: Man müsse, so sagte er, eine andere Geschichte erzählen: die Geschichte der Menschen, die den Mut gehabt hätten, sich diesem Gewaltapparat auszusetzen. Wir kennen

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer des am Dienstag der vergangenen Woche abgestürzten Germanwing-Fluges 4U9525 von Barcelona nach Düsseldorf.

Henning Otte



Neues aus dem Bundestag

Durch Stärkung der digitalen Bildung Medienkompetenz fördern und digitale Spaltung überwinden. Unser Antrag unterstützt die Umsetzung der Strategie „Digitales Lernen“ durch die Bundesregierung. Dazu beraten wir das Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit. Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt 2015-2020. Das Programm fokussiert sich ressortübergreifend auf vier Themenfelder: Die Erforschung neuer Hightech-Werkzeuge und -Verfahren, die Sicherung komplexer IKT-Systeme, die Sicherheit großer Anwendungsbereiche wie Produktion, Verkehr, Medizin und kritische Infrastruktur, sowie Privatheit und Datenschutz.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia auf Grundlage des Ersuchens der somalischen Regierung mit Schreiben vom 27. November 2012 und 11. Januar 2013 sowie der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union vom 15. Februar 2010 und 22. Januar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 1872 (2009) und 2158 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir unterstützen den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der Ausbildungs- und Beratungsmission der Bundeswehr in Somalia bis zum 31. März 2016. Die personelle Obergrenze von 20 Soldaten soll beibehalten werden. Ziel der EU-geführten Mission ist weiterhin, die fragile Staatlichkeit in Somalia zu stabilisieren und eine funktionierende, staatlich kontrollierte Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Mit ihrer Tätigkeit leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur Befähigung des somalischen Militärs, Stabilität und Sicherheit in Somalia selbst zu gewährleisten.

Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes. Mit dem Abschluss in 2./3. Lesung haben wir die notwendige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die umweltpolitische Lenkungswirkung der Lkw-Maut sichergestellt. Hierzu wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2015 auf weitere 1.100 Kilometer vierstreifiger Bundesstraßen ausgedehnt und die Mautpflichtgrenze zum 1. Oktober 2015 von 12 auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt.

Gesetzes über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Infrastrukturabgabengesetz – InfrAG). Wir haben in 2./3. Lesung die Einführung einer Abgabe für alle Nutzer der deutschen Bundesfernstraßen und setzen damit einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag um.

Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehalter sichern. Unser Antrag begrüßt den Ausstieg aus dem europäischen Milchquotensystem als konsequente Fortsetzung einer Politik hin zu einer am Markt ausgerichteten selbstver-



antwortlichen und wettbewerbsfähigen Milchwirtschaft. Diese Politik ermöglicht unternehmerische Entscheidungsfreiheit und bietet durch die weltweit steigende Nachfrage nach Milchprodukten große Chancen für die qualitativ hochwertigen Produkte der deutschen Milchwirtschaft. Gleichzeitig sehen wir die damit einhergehende Herausforderung stark schwankender Milchpreise für einzelne Milchviehalter. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die Halter mit geeigneten Maßnahmen bei der Anpassung an die neuen Marktbedingungen zu unterstützen.

Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen. Mit unserem Antrag haben wir die Urbanisierung als einen der globalen sogenannten Megatrends auf die Tagesordnung gebracht. Darin legen wir dar, wie nachhaltig gestaltete Urbanisierung Wirtschaftsentwicklung, Armutsreduzierung, Umweltschutz, sozialen Wandel und politische Stabilität positiv beeinflussen kann.

Vereinbarte Debatte anlässlich der ersten freien Volkskammerwahl in der ehemaligen DDR am 18. März 1990. Nach einer vereinbarten Debatte im vergangenen Jahr zur Fälschung der letzten Kommunalwahl der DDR im Mai 1989 und dem daraus entstandenen Bürgerprotest würdigten wir einen weiteren Schritt hin zur Einheit in Freiheit: Der Wahl vom 18. März 1990 kommt eine große Bedeutung auf dem Weg zur Einheit zu, was wir nicht nur durch die besondere Debatte am Mittwoch im Plenum gewürdigt haben, sondern auch durch eine sich an die Debatte anschließende Veranstaltung in unserem Fraktionsitzungssaal, zu der wir Zeitzeugen eingeladen haben.

Wolfsmanagement muss geplant sein

Henning Otte fragt Bundesumweltministerin Hendricks

Die Anzahl der Wölfe in Niedersachsen und insbesondere in den Landkreisen Celle, Uelzen und dem Heidekreis steigt an.

Dabei erobern sich die Wölfe offensichtlich immer schneller neue Lebensräume. Die Zahl zufälliger Sichtungen von Wölfen und aktueller Meldungen gerissener Nutztiere steigt. Wolfssichtungen in der Nähe von Kindergärten und in Siedlungen überraschen inzwischen auch Experten.

Der heimische Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, erklärt dazu: „Vor diesem Hintergrund möchte ich von der Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wissen, wie diese genannten Entwicklungen bewertet werden. Mir ist es als Abgeordneter wichtig, zu erfahren, wie der in meinem Wahlkreis festgestellte rasante Anstieg von Wölfen im Bundesumweltministerium objektiv ministeriell bewertet wird und welche möglichen Auswirkungen auf die gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereiche erwartet werden.“

„Ich nehme auch die Sorgen der Menschen wahr, die sich fragen, ob sie sich noch sicher in der Natur aufhalten können oder auch der Nutztierhalter, die sich um die Sicherheit ihrer Nutztiere oder Hütehorden wie Heidschnucken Gedanken machen.“

Henning Otte will auch vom Bundesumweltministe-

rium wissen, unter welchen Umständen und wenn – wie eine präventive oder repressive Maßnahme – zum Miteinander der verschiedenen Interessengruppen ange-dacht ist.

Die Fragen an die Bundesumweltministerin

1. Gibt es ein nationales Wolfsmanagement und wenn nein, warum nicht?
2. Wie viele Wölfe leben derzeit in Deutschland, wie entwickeln sich die Bestandszahlen, sowohl gesamt als auch regional?
3. Wie sieht die Bestandsentwicklung aus und handelt es sich tatsächlich nur um die mitteleuropäische Flachlandpopulation oder um eine große baltische Population?
4. Wann kann der Bestand der Wolfspopulation insgesamt und in Deutschland als gesichert angesehen werden?
5. Welches Bestandsziel sieht das BMUB beim Wolf, sowohl gesamt, als auch regional aufgeteilt?
6. Nach einer Veröffentlichung des Bundesamtes für Naturschutz sollte beim Ausbreitungsprozess der Schwerpunkt auf die Vermeidung von Schäden gelegt werden (BfN-Skripten 201, 2007, S. 86). Wie gedenkt das Ministerium dieses umzusetzen?
7. Welche Auswirkungen sieht das BMUB durch Wölfe auf den Tourismus sowie auf Weidetier- und Hütetierhaltung?
8. Wie will das BMUB die Anliegen der unterschiedlichen Interessengruppen (Weide- und Hütetierhalter, Erholungssuchende, Eltern, Jagdgenossenschaften und Hegegemeinschaften, Eigenjagden, etc.) in ihren Planungen und Maßnahmen berücksichtigen?
9. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit von den strengen FFH-Schutzvorschriften für den Wolf abgewichen werden kann? Wie soll ein Genehmigungsverfahren hierfür aussehen und wer hat die Zuständigkeit?

Der Schutz des Wolfes ist auf europäischer Ebene nach der Flora-Fauna-Habitat Richtlinie geregelt. Im Artikel 16 der FFH-Richtlinie ist geregelt, dass Mitgliedsstaaten von den strengen Voraussetzungen abweichen können.

Als Gründe sind hier unter anderem angeführt: die Verhütung von ernsten Schäden an Kulturen oder in der Tierhaltung oder wenn es im Interesse der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sicherheit ist.

Otte möchte vorsorglich wissen, welche Voraussetzungen für die nach der FFH-Richtlinie möglichen Einführung eines entsprechenden Genehmigungsverfahrens notwendig sind.

„Mir ist es wichtig, gleich einer Feuerwehr vorbereitet zu sein für den Fall, dass unzumutbare Schäden an Sachgütern eintreten und vorsorglich auszuschließen, dass Gefährdungen von Menschen eintreten“, so Otte abschließend.

Aus der Presse...

Zitate von Henning Otte in der Presse

Süddeutsche Zeitung 28.02.2015

„Mittelfristig muss die Finanzausstattung der Bundeswehr erhöht werden.“

Henning Otte zur Anpassung der Bundeswehr an die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen.

Telepolis

11.03.2015

„Die Fortsetzung des Aufbaus von schlagkräftigen und gut ausgebildeten afghanischen Sicherheitskräften, ist für die Sicherheit und die damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung des Landes unabdingbar.“

Henning Otte zum Engagement der Bundeswehr in Afghanistan.

Der Tagesspiegel

14.03.2015

„...es ist lohnenswert zu prüfen, auf welche Weise die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste weiter verbessert werden kann, um Risikopersonen frühzeitig zu

identifizieren.“

Henning Otte zur Gefahr, dass Islamisten die Bundeswehr als Ausbildungsort missbrauchen könnten.

Handelsblatt 25.03.2015



„Wer die vertraglich festgeschriebene Qualität oder den Liefertermin nicht einhält, muss zukünftig mit Konventionalstrafen und weitreichenden Maßnahmen rechnen“

Henning Otte zu Verzögerungen bei Rüstungsprojekten.

Rheinische Post
26.03.2015

„Zur Auftrags Erfüllung müsse insbesondere die Einsatz- und Verwendungsfähigkeit des Materials der Bundeswehr erhöht werden. Hierzu ist ein

schnellerer Zulauf der wesentlichen Rüstungsprojekte nötig.“

Henning Otte zu Verzögerungen bei Rüstungsprojekten.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Sophie von Magnis



Dr. Svend Moeller



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20

Fax 030 / 227 – 7 63 20

Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98

Fax 0 51 41 / 68 83

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen

Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und ViSdP.:

Henning Otte, MdB

